



Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter

November 1993

Arbeitspapier: Vertretung von Kinderinteressen

Auftrag der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe

- beschlossen in der 75. Arbeitstagung vom 13. - 15.10.1993 in Oberwiesenthal -

1. Einleitung:

Seit einiger Zeit gibt es im Bund, den Ländern und Kommunen aus den unterschiedlichsten Motiven eine fachpolitische Diskussion über die Frage, wie die Interessen von Kindern in der Gesellschaft besser vertreten werden können. Kinderbeauftragte, Kinderkommissionen, Kinderparlamente, Kinderbüros und Kinderberichte sind nur einige Stichworte zu diesem Thema. Dabei wurden auf den verschiedenen Ebenen für die Wahrnehmung dieser Interessenvertretung die unterschiedlichsten organisatorischen Schlußfolgerungen gezogen.

2. Auftrag des KJHG für die Wahrnehmung eines aktiven kinderpolitischen Mandats

Durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von 1991 werden die Jugendämter verpflichtet

- dazu beizutragen, "... eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen" (§ 1 (3) 4.),
- Kinder an Jugendhilfeentscheidungen zu beteiligen (§ 8 (1), § 9 (2) und § 36 (1 und 2),
- sich als Ansprechpartner für Kinder zur Verfügung zu stellen (§ 8 (2),
- Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, die an den Interessen junger Menschen - auch von Kindern - anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden und sie zur Selbstbestimmung befähigen (§ 11 (1),
- Jugendverbände und -gruppen besonders zu fördern, wenn die Anliegen und Interessen der Kinder und Jugendlichen besonders berücksichtigt werden (§ 12 (2) und § 74 (4),

- junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen zu führen (§ 14 (2) 1.),
- im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen, also auch der Kinder, zu ermitteln (§ 80 (1 und 4).
Bei der Wahrnehmung des aktiven, offensiven kinderpolitischen Mandats sind die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen (§ 9 (3)).

Die Wahrnehmung der Interessen von Kindern im kommunalen Raum ist eine originäre Aufgabe der Jugendhilfe nach dem KJHG. Dies besagt zum einen schon der Name des Gesetzes, ergibt sich außerdem aber auch aus dem Katalog der Leistungen und Aufgaben der Jugendhilfe in § 2 KJHG. Besonders unterstrichen wird dieser Sachverhalt durch die Neufassung des § 69 Abs. 3 KJHG mit Wirkung vom 01.04.1993: "Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach diesem Buch errichtet jeder örtliche Träger ein Jugendamt, jeder überörtliche Träger ein Landesjugendamt".

Es ist nicht sachdienlich, daß durch neue Instanzen neben der Jugendhilfe Voraussetzungen geschaffen werden, die die Jugendhilfeausschüsse und die Verwaltung der Jugendämter bei der Wahrnehmung ihres gesetzlichen Auftrages schwächen.

Allerdings muß das Jugendamt seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend ressortübergreifende Kompetenzen zu Gunsten der Kinder wahrnehmen. Das kann heißen, sich einzumischen, mitzureden in anderen Politikfeldern (Verkehr, Wohnungsbau, Umweltgestaltung, Spiel- und Erfahrungsräume, Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, Kulturangebote usw.).

Den Jugendhilfeausschüssen sollte empfohlen werden, ihre im KJHG liegenden Handlungsmöglichkeiten einer umfassenden anwaltlichen Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche zu nutzen. Dabei liegt ein bedeutsamer Ansatz im Bereich der Jugendhilfeplanung. Die Jugendhilfeplanung ist zum einen nicht ohne die Beteiligung des Jugendhilfeausschusses und zum anderen auch nicht ohne die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und der freien Träger der Jugendhilfe denkbar.

3. Lösungsmöglichkeiten

Beispielhaft, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, werden einige Verfahren genannt, die sich in einigen Städten unter dem Dach der Jugendhilfe als wirksam erwiesen haben:

- Kinderbüro, aufgabenübergreifend - Zuordnung zum Bereich der Jugendhilfeplanung bei der Jugendamtsleitung,

- Unterausschuß "Vertretung von Kinderinteressen" des Jugendhilfeausschusses,
- der/die Vorsitzende dieses Unterausschusses ist gleichzeitig Kinderbeauftragte/r der Vertretungskörperschaft und kann öffentlich in Erscheinung treten,
- ressortübergreifende Projektgruppe "Vertretung von Kinderinteressen" unter der Federführung des Kinderbüros und Berichterstattung im Unterausschuß des Jugendhilfeausschusses,
- Kinderanhörungen in den Stadtteilen,
- regelmäßige Kinderberichte im Jugendhilfeausschuß und in der Vertretungskörperschaft.

In Übereinstimmung mit einer gleichlautenden Forderung des Sozialausschusses/AK "Familie und Jugend" des Deutschen Städtetages weist die BAGLJÄ darauf hin, daß in besonderer Weise dafür gesorgt werden muß, daß das Jugendamt als Ansprechpartner von Kindern und Jugendlichen angenommen werden kann.
